

*Hanspeter Mattes*

*Deutsches Orient-Institut, Hamburg, Oktober 2001*

## **Aktionsfeld Religion**

### **Das Kräfteressen zwischen Islamisten und dem neuen König in Marokko**

Zwei Jahre nach der Thronbesteigung<sup>1</sup> wurde König Mohammed VI. um eine Bilanz seiner Herrschaft gebeten.<sup>2</sup> „Zufrieden“, so der junge König, sei er mit dem bislang Erreichten nicht. Er habe jedoch die Ambition und den Willen, es besser zu machen; seine Prioritäten lägen dabei vor allem im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Gemeinsam mit der marokkanischen Zivilgesellschaft wolle er den Kampf gegen Armut und Marginalisierung führen und die Effizienz des Bildungsbereiches steigern, um die Chancen zur gesellschaftlichen Integration der insbesondere von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen<sup>3</sup> zu erhöhen und damit das Potential für soziale Unruhen oder für ihre politische Instrumentalisierung durch oppositionelle Gruppen zu mindern. In diesem Zusammenhang soll auch der Kampf gegen Analphabetismus und die Verbesserung des Zugangs zu den Bildungseinrichtungen der in außerordentlichem Maße benachteiligten ländlichen weiblichen Bevölkerung massiv gefördert werden. Mit seinem Anspruch, sich für Arme und Marginalisierte einzusetzen und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, hat der König in den einfachen Bevölkerungsschichten wie auch bei den liberalen, modernistisch orientierten Teilen der Wirtschafts- und Bildungselite des Landes Hoffnungen auf eine bessere Zukunft geweckt. Die Verbesserung der rechtlichen und materiellen Stellung der Frau, die Erhöhung ihrer Bildungschancen und ihres Bildungsniveaus<sup>4</sup> ist für König Mohammed eng mit dem Kampf gegen Armut und Marginalisierung verbunden. Seine modernistische

---

<sup>1</sup> König Hassan II. von Marokko, geboren 1929 und seit 1961 an der Macht, starb am 23.7.1999; Kronprinz Mohammed (geboren 1963) wurde am 30.7.1999 als König Mohammed VI. inthronisiert.

<sup>2</sup> Interview mit der in London erscheinenden Zeitung al-Sharq al-awsat; vgl. BBC Monitoring, London, 26.7.2001.

<sup>3</sup> Mindestens 30 % der 15-24jährigen sind in Marokko arbeitslos.

Weltsicht und die Tatsache, dass der König eine jüngere, von liberalen Ideen geprägte Generation repräsentiert, lösten deswegen speziell auch unter den für eine Modernisierung der Gesetzgebung in Bezug auf die Frauen eintretenden Vereinigungen Erwartungen auf einen baldigen Schritt hin zur Gleichstellung aus.

### *Die Modernisierungsabsichten des neuen Königs*

Langfristiges Ziel König Mohammeds ist es zweifellos, eine Modernisierung von Staat und Gesellschaft umzusetzen. Das bedeutet jedoch, dass der Einfluß der (religiös) Konservativen und der Islamisten zurückgedrängt werden muß und der König aus diesem Grund gesellschaftliche Bereiche, die Islamisten zu ihrer „Domäne“ erheben, an sich ziehen muß: Projekte wie „die Moralisierung des öffentlichen Lebens“, die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, die Modernisierung des religiösen Bereichs und des Familiengesetzes (mit letzterem ist eine Verbesserung des Status der Frauen verbunden) haben deswegen eine zentrale Bedeutung innerhalb des Reformpaketes zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, das der König realisieren will. Er greift mit seinem Anspruch, Armut und Marginalisierung zu bekämpfen, dort ein, wo bislang die marokkanischen legalen<sup>5</sup> wie nicht legalisierten, jedoch geduldeten islamistischen Organisationen rhetorisch und praktisch aktiv geworden waren; diese entfalten seit Jahren konkrete soziale Aktivitäten in den städtischen Elendsvierteln und thematisieren „soziale Gerechtigkeit“, die „Moralisierung des öffentlichen Lebens“ oder die „negativen Folgen der Verwestlichung“. Um seinem Anspruch, Rechtsstaatlichkeit umsetzen zu wollen, gerecht zu werden, hob König Mohammed Mitte Mai 2000 u.a. den Hausarrest von Scheich Abdessalam Yassine, geistiger Führer der geduldeten islamistischen *Jama`at al- adl wal-ihsan* (Vereinigung Gerechtigkeit und Wohlfahrt), auf. Dieser Schritt des Königs erfolgte, obwohl der streitbare Scheich Yassine im Januar 2000 in einem „offenen Brief“ (Memorandum) an den König wegen der katastrophalen

---

<sup>4</sup> Die weibliche Bevölkerung Marokkos ist sehr schlecht ausgebildet: Über 60 % der Frauen, davon über 80 % der auf dem Land lebenden Frauen, haben nie eine Schule besucht, so dass die Alphabetisierungsrate der weiblichen ländlichen Bevölkerung z.B. nur um 17 % liegt.

<sup>5</sup> Legal ist die im Parlament mit 12 Abgeordneten vertretene islamistische *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung* (Hizb al-`adala wal-tanmiya) und ihr „nichtpolitischer“ Arm, die *Bewegung für*

sozioökonomischen Lage in Marokko zu radikalen Änderungen aufrief und den König aufforderte, das Milliardenvermögen seines Vaters zur Lösung der Probleme des Landes einzusetzen. Der Ton des Memorandums war stellenweise eher beleidigend als „beratend“, vor allem wenn Scheich Yassine durchblicken ließ, dass er an den Problemlösungskapazitäten des neuen Königs seine Zweifel hegt. Der 1928 geborene Yassine sollte nicht länger die Rolle des „Opfers staatlicher Repression und Intoleranz“ für seine Vereinigung kapitalisieren können; sein Memorandum wurde deshalb auch nach anfänglichem Zögern der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und durch die Aufhebung des Hausarrests ist Yassine nun frei, sich im Land zu bewegen; allerdings ist ihm das Predigen untersagt und die Publikationen der *Vereinigung al-adl wal-ihsan* werden kontrolliert bzw. ihr Vertrieb vor den Moscheen nach den Gebetszeiten ist untersagt und ihre Website für den Zugriff innerhalb Marokkos gesperrt.

Es war das explizite Bekenntnis des neuen Königs zu sozialem Engagement und zur Förderung der Frauen, zur Verbesserung ihrer bildungspolitischen und rechtlichen Situation, die Widerspruch und Gegenmaßnahmen auf Seiten der marokkanischen Islamisten auslösten, denn zum einen betritt der König mit seinem sozialen Anspruch just „ihr Terrain“ und zum anderen drohen seine angekündigten Eingriffe zur Neuregelung der Stellung der Frau und zur Modernisierung des religiösen Bereichs, tradierte Machtstrukturen aufzubrechen, die vor allem den Konservativen und Islamisten nützlich waren und sind.

#### *Machtdemonstration und Gegensteuerung der Islamisten*

Direkter Auslöser für eine erste Mobilisierung der Islamisten gegen Reformabsichten König Mohammeds bot der noch im Auftrag von König Hassan von einer speziell eingesetzten Kommission 1998 vorbereitete sog. *Nationale Aktionsplan zur Integration der Frauen in die Entwicklung des Landes*, der im September 1999 von der Regierung verabschiedet werden und dem Parlament zur Diskussion vorgelegt werden sollte. Der Tod König Hassans im Juli 1999 setzte diese Zeitplanung aus, worin die Gegner des Planes eine Chance sahen, den Plan

---

*Einheit und Reform* (Harakat al-tawhid wal-islam), eine Vereinigung, die indessen offiziell nicht

unter dem neuen König zu Fall zu bringen. Von den insgesamt 215 vorgesehenen Maßnahmen des Plans waren 14 der eigentliche Anlaß für die mit religiösen Argumenten geführte Gegenmobilisierung. Diese 14 Artikel, die alle in irgendeiner Form religiöses Recht (die Scharia) betrafen, wollten das marokkanische Personalstatut, die Mudawana, reformieren. Der Entwurf sah u.a. vor, das gesetzliche Mindestalter für die Eheschließung für Frauen von 15 auf 18 Jahre anzuheben und damit an jenes der Männer anzugleichen; die Verstoßung der Ehefrau zu unterbinden; weitere Erschwernisse für die Polygamie einzuführen; die Notwendigkeit eines Vormundes zum Abschluß der Ehe für heiratswillige Frauen abzuschaffen; die Ehefrau bzw. Ehefrau und Mutter bei einer Scheidung rechtlich und materiell besser abzusichern, indem der gemeinschaftliche Besitz zu gleichen Teilen unter den Eheleuten aufgeteilt werden sollte (was eine revolutionäre Neuerung wäre, weil sie nicht aus der Scharia abzuleiten ist); ferner das Staatsbürgerschaftsgesetz zu revidieren, so dass auch die Mutter die Staatsbürgerschaft weitergeben kann, und uneheliche Kinder besser zu stellen.

Die Gegner des Plans, Islamisten und konservative Religionsgelehrte der *Liga der marokkanischen Ulama*, sprachen von „einem westlichen Plan“, der materialistisches Denken und westliche Freizügigkeit fördere und „gegen die muslimische Familie“ gerichtet sei.<sup>6</sup> Die von der islamistischen *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung* am 12.3.2000 in Casablanca organisierte Großdemonstration, an der führende Mitglieder der nicht legalisierten islamistischen *Vereinigung al-Adl wal-ihsan*, konservative Mitglieder anderer legaler Parteien und konservative Religionsgelehrte und Prediger teilnahmen (ca. 100.000-200.000 Demonstranten), konnte mit dieser Interpretation des Reformvorhabens der Regierung zahlreiche Unterstützer sammeln. Zahlenmäßig übertraf ihre Demonstration bei weitem die am selben Tag stattfindende Demonstration der Befürworter des Reformvorhabens<sup>7</sup> in Rabat (40.000 bis maximal 100.000 Demonstranten).

---

zugelassen ist, sondern lediglich toleriert wird.

<sup>6</sup> Vgl. z.B. Middle East Times, Nikosia, 10.2.2000; L'Orient-le Jour, Beirut, 28.1.2000; Arabies, Paris, Januar 2000.

<sup>7</sup> Befürworter sind säkular orientierte bzw. für eine moderne Interpretation des Islam eintretende Mitglieder der Bildungs- und Wirtschaftselite, fortschrittliche Religionsgelehrte und Prediger,

### *Königliche Gegenmaßnahmen*

Nach dieser Großdemonstration gegen das Reformprojekt und der eindrucksvollen Zurschaustellung des Mobilisierungspotentials der Islamisten und Konservativen wurde der Plan als Ganzes von offizieller Seite zunächst nicht weiter diskutiert. Aber Teile des Plans, die 14 strittigen Artikel ausgenommen, werden seither sukzessive umgesetzt, nachdem der König im März 2000 zunächst durch personelle Eingriffe in den religiösen Bereich signalisierte, dass er in seiner Eigenschaft als religiöses Oberhaupt und „Führer der Gläubigen“ vorhat, den religiösen Bereich zu dominieren und entsprechend seiner Einstellung für eine fortschrittliche Islaminterpretation eintreten wird. Der König versucht seither, bei anstehenden Neubesetzungen wichtiger Posten im religiösen Bereich soweit möglich „Modernisten“ zu berufen und grundsätzlich eine Verjüngung der religiösen Einrichtungen durchzusetzen. Erlauben die internen Machtverhältnisse nicht die Ernennung eines „Modernisten“ als Präsident einer religiösen Institution wie im Falle der konservativ dominierten *Liga der marokkanischen Rechtsgelehrten*, des *Höchsten Rats der Rechtsgelehrten* und der *Regionalräte der Rechtsgelehrten*, versucht König Mohammed zunächst durch Ernennung eines Vorsitzenden aus den Reihen der (konservativen) Mehrheitsfraktion die Mitglieder dieser Institutionen nicht zu brüskieren oder in die Gegenmobilisierung zu treiben. Es folgen lediglich „kleine Reformschritte“, die ihm weiterhin die Unterstützung der Institutionen sichern sollen und dennoch eine stärkere königliche Kontrolle und Orientierung ermöglichen: So verfügte König Mohammed im Dezember 2000, dass zwar die Befugnisse<sup>8</sup> der Räte der Rechtsgelehrten erweitert werden, gleichzeitig legte der König aber fest, dass sie fortan *direkt* seiner Aufsicht unterstehen. Künftig sollen zudem Frauen predigen und Religionsunterricht erteilen können.<sup>9</sup>

---

Mitglieder ehemals „linker“ Parteien und die aus diesen Bevölkerungsgruppen und politischen Organisationen hervorgegangenen Frauenorganisationen.

<sup>8</sup> Die *Regionalräte der Rechtsgelehrten* sind seither befugt, in Abstimmung mit dem *Höchsten Rat der Rechtsgelehrten* „gemeinschaftsfördernde Fatwas/Rechtsgutachten“ zu erlassen.

<sup>9</sup> Vgl. z.B. L'Opinion, Rabat, 18.4.2001.

Am 20.8.2000 forderte König Mohammed zur Durchsetzung seiner sozialen Entwicklungsprojekte und der Frauenförderung die Moscheen auf, „ihren Beitrag zur sozialen Entwicklung“ zu leisten und Alphabetisierungskurse für 15-45jährige vor allem auf dem Land durchzuführen. Am 15.9.2000 lief ein entsprechendes Pilotprojekt in 100 (von insgesamt rund 25.000 Moscheen) des Landes an. Für das Projekt wurden arbeitslose Akademiker als Lehrer herangezogen.

Ein Jahr nach der Großdemonstration der Gegner einer im Rahmen des *Nationalen Plans zur Integration der Frauen in die Entwicklung des Landes* vorgesehenen Modifikation einiger Artikel des Familiengesetzes leitete König Mohammed den nächsten Schritt zur Förderung „seiner Vision“ einer Integration der Frau als gleichwertiges Subjekt in die marokkanische Gesellschaft ein, indem er die „Frauenfrage“ zu „seiner Angelegenheit“ erklärte. Am 27.4.2001 verfügte König Mohammed in einem Treffen mit 40 Repräsentantinnen von Frauenvereinigungen, Kinderschutzvereinen, politischen Parteien, Berufsvereinigungen der Richterinnen, Lehrerinnen und Ärztinnen, Vertreterinnen aus den Bereichen Sport, Informationswesen, Klein- und Mittelbetriebe und in Gegenwart einiger seiner Berater, des Premierministers, des Justizministers, des Ministers für religiöse Angelegenheiten, des Ministers für Arbeit und Berufsbildung sowie der Ministerin für Frauen, Familie, Kinder und die sozialen Interessen der Behinderten die Gründung einer *Kommission zur Reform des Familiengesetzes*, um die Bestimmungen der Mudawana dem „Zeitgeist“ anzupassen, die Förderung der Frau in allen Bereichen aktiv zu betreiben und „allen Ungerechtigkeiten, die Frauen erleiden müssen, entgegenzutreten“.<sup>10</sup>

#### *Islamistischer Aktionismus*

Die Reden König Mohammeds vom März und Sommer 2000 und jene vom April 2001 waren klare Signale für all jene Vereinigungen und Organisationen, die für Gleichberechtigung und die Verbesserung der Stellung der Frauen eintreten, dass der König ihre diesbezüglichen Aktivitäten stützt.<sup>11</sup> Die Reden des Königs

---

<sup>10</sup> Vgl. Redetext in: *Le Matin du Sahara*, Casablanca, 28.4.2001.

<sup>11</sup> Im Juni 2001 organisierten die Demokratische *Liga für die Rechte der Frauen*, die *Marokkanische Vereinigung für Bildung und Jugend* und die *Vereinigung für Entwicklung der*

wurden andererseits vor allem von den Islamisten und den ihnen in ihrer Gegnerschaft bezüglich der Modifikationen des Personalstatuts nahestehenden Konservativen als Signal für die Notwendigkeit von weiteren massiven Gegenmaßnahmen zur Sicherung des eigenen Einflusses und der vertretenen konservativen Positionen gewertet. Schlagwortartig wiederholen sich deswegen seither die Forderungen der Islamisten, die angesichts der „Verwestlichungstendenzen“ für die Umsetzung der „Einheit von Politik und Religion“ plädieren, auf die Notwendigkeit abheben, die Gesellschaft und den Staat durch den Glauben zu moralisieren und den religiösen Institutionen „ihren gebührenden Platz“ (d.h. Einfluß) in Staat und Gesellschaft zuzugestehen und gegen die „laizistischen Konzepte“ der Eliten vorzugehen.

Die sog. „Sommercamps“, organisiert von der *Vereinigung al-Adl wal-ihsan*, waren z.B. ein Instrument, das bereits kurz nach dem Tode König Hassans im Sommer 1999 zum einen zur Mobilisierung (und Indoktrinierung) von Mitgliedern und Anhängern bzw. Sympathisanten und potentiellen Anhängern und zum anderen zum öffentlichen Kräftemessen zwischen Islamisten und staatlichen Repräsentanten eingesetzt wurde. Mit den Sommercamps fordert die *Vereinigung al-adl wal-ihsan* jedes Jahr erneut die Staatsführung heraus, die entweder diese Großversammlungen von Hunderten von Islamisten an öffentlichen Stränden dulden kann oder – weil Verbote nicht beachtet werden – durch Einsatz des Sicherheitsapparates die Strände räumen lassen kann. Seit 1999 werden im Juli/August – trotz Verbot – öffentliche Strände in der Nähe der großen städtischen Zentren von Islamisten der *Vereinigung al-adl wal-ihsan* „besetzt“ und eine Infrastruktur zur preisgünstigen Verköstigung, Unterhaltung und religiösen Unterweisung – nach Geschlechtern getrennt – eingerichtet. Es kam nicht selten zu Auseinandersetzungen mit „nichtislamistischen“ Strandbenutzern, wegen deren aus islamistischer Sicht „freizügigem Gebaren“.

---

*Kinder und Jugendlichen* z.B. zur Unterstützung dieser vom König geförderten Politik eine sog. „Karawane zur Sensibilisierung für die Rechte der Frauen“ in Marrakesch und Umgebung. Die Aktivitäten beschränkten sich nicht nur auf Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Die beteiligten Ärztinnen und Ärzte, Rechtsanwältinnen erteilten z.B. gratis ärztlichen und juristischen Rat und es wurden an die ärmsten Bevölkerungsschichten Kleidungsstücke verteilt. Vgl. Dokumentation der Vereinigungen vom 8.7.2001 in: [www.maghreb-ddh.sgdg.org](http://www.maghreb-ddh.sgdg.org), 8.7.2001.

Die Sicherheitskräfte griffen schließlich im Sommer 2000 und 2001 ein, um diese nicht genehmigten „religiösen Demonstrationen“ einzugrenzen; massive Konfrontationen sollen jedoch möglichst vermieden werden.

Die islamistische Partei *Gerechtigkeit und Entwicklung* gab zudem im Herbst 2000 bekannt, sie ziehe ihre „kritische Unterstützung“ der Regierung von Premierminister Youssoufi zurück und gehe in die „konstruktive Opposition“, weil die Regierung bislang nicht der Aufforderung der *Partei Gerechtigkeit und Entwicklung* nachgegeben habe, bei den eingeleiteten wirtschaftlichen und sozialen Reformprojekten „die Scharia“, das „religiöse Recht“, zu beachten. Mit diesem Schritt stellt sich die *Partei Gerechtigkeit und Entwicklung* bewusst vor den für 2002 geplanten Kommunal- und Legislativwahlen als potentieller Allianzpartner bzw. als potentielle Alternative für all jene religiös konservativ und islamistisch orientierten Bevölkerungsteile dar, die „gegen westliche und freizügige“ Neuerungen (wie der Mudawana) sind, wobei sie diese Gegnerschaft jeweils mit religiösen Geboten abstützen. Die gezielte Instrumentalisierung der mit Rekurs auf die religiösen Vorschriften begründeten sittlichen und moralischen Werte, die angeblich durch die geplanten „Neuerungen“ der Regierung in Gefahr seien, soll eine breite Mobilisierung der Bevölkerung unter Führung der Islamisten zu ihren Gunsten bei den kommenden Wahlen ermöglichen. Von islamistischer Seite erfolgen derzeit sogar Toleranzbekundungen gegenüber der berberophonen Bevölkerung, um die potentielle politische (Wähler-)Basis zu verbreitern. Der König selbst wird von der *Partei Gerechtigkeit und Entwicklung*, um die Existenz ihrer Organisation nicht zu gefährden, nicht direkt angegriffen; die „Verwestlichungsprojekte“ werden lediglich als Projekte bzw. Maßnahmen und Absichten „der Regierung“ kritisiert und abgelehnt.

Die Islamisten der *Partei Gerechtigkeit und Entwicklung* verfügen wegen ihres legalen Status über ein relativ großes Maß an Aktionsraum; sie versuchen momentan durch die Betonung ihres religiös begründeten sittlich-moralischen Anspruchs möglichst viel Opposition zu sammeln, um bei den Wahlen 2002 ein gutes Ergebnis zu erzielen. Sie treten aus diesem Grund offensiver und



aggressiver als in den Vorjahren auf, wobei sie dennoch darauf achten, die gesetzlichen Grenzen nicht zu überschreiten, um keine Sanktionen auf sich zu ziehen. Zwei Beispiele aus diesem Jahr belegen diese aggressivere, populistische Demonstration der sittlich-moralischen Positionen der *Partei Gerechtigkeit und Entwicklung*: Am 21.3.2001 veröffentlichte die Zeitung der Partei in Form eines Leserbriefes eine Attacke auf die Dichterin und bekannte Frauen- und Menschenrechtsaktivistin Hakima Chaoui wegen des Inhalts eines ihrer Gedichte, das am Weltfrauentag (8.3.2001) im marokkanischen Radio vorgetragen wurde. Der Leserbrief war eine herbe Kritik an Hakima Chaoui, der weitere Drohungen gegen die Dichterin und gegen die Journalistin, die das Radioprogramm zusammenstellte, auslöste. Es kam zu Blasphemievorwürfen islamistisch orientierter Prediger, die sogar dazu aufgerufen haben sollen, „die Augen der Person auszustechen, die das Gedicht vorlas“ und „die Hand derjenigen Person abzuschlagen, die das Gedicht schrieb“.<sup>12</sup> Die *Partei Gerechtigkeit und Entwicklung* distanzierte sich hiervon nicht.

Am 11.7.2001 griff ein Deputierter und Führungskader der *Partei Gerechtigkeit und Entwicklung*, Abdellilah Benkirane, unterstützt von weiteren Abgeordneten seiner Partei, während einer Sitzung des Parlaments, die vom Fernsehen aufgezeichnet wurde, öffentlich eine Kamerafrau wegen „anstößiger Kleidung“ an – sie trug Jeans – und forderte sie zum Verlassen des Parlaments auf. Die versammelten Deputierten der anderen Parteien wiesen indessen Benkirane in seine Schranken.<sup>13</sup>

Die Partei zeigt mit diesem Verhalten der marokkanischen Öffentlichkeit recht deutlich, wie intolerant ihre Konzepte sind; ein nicht zu unterschätzender Teil dieser marokkanischen Öffentlichkeit ist jedoch in ihren Denk- und Verhaltensmustern ausgesprochen konservativ und steht somit den Islamisten relativ nahe. Liberal eingestellte Persönlichkeiten sind deswegen vor den bevorstehenden Wahlen des Jahres 2002 zunehmend beunruhigt. Sie befürchten

---

<sup>12</sup> Vgl. Maroc-hebdo, Rabat, 6.7.2001 (La poetesse maudite).

<sup>13</sup> Vgl. ebenda (Les islamistes s'en prennent à une journaliste de 2M).

bei freien, nicht manipulierten Wahlen einen hohen Stimmengewinn des durch Konservative gestärkten islamistischen Lagers.<sup>14</sup>

König Mohammed VI. trat am 30.7.1999 ein schwieriges Erbe an. Die sozioökonomische Lage in Marokko hat sich seit der Übernahme des Premierministerpostens durch den ehemaligen links-sozialistischen Oppositionsführer Youssoufi und die Regierungsbeteiligung der bisherigen Oppositionsparteien im März 1998 trotz des damit verknüpften Reformanspruchs und der automatisch in der Bevölkerung ausgelösten Hoffnungen auf Reformen aus den unterschiedlichsten strukturellen und finanziellen Gründen nicht erfüllt. Gegenwärtig wird deshalb die schleppende Umsetzung der von der Regierung angekündigten Reformen im wirtschaftlichen Bereich mehr und mehr kritisiert. Es ist offensichtlich, dass das Vertrauen der Bevölkerung besonders auch in die an der Regierung beteiligten Parteien als Organisationen, die ihre Interessen vertreten, drastisch gesunken ist. Hoffnungen auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung kann somit allein der König wecken. Wegen der verbreiteten Armut und hohen Arbeitslosigkeit kann der König (und „seine“ Regierung) allerdings Reformen nur in relativ „kleinen Schritten“ umsetzen, um eine soziale Explosion und politische Mobilisierung gegen die Staatsführung zu verhindern; radikale Eingriffe sind nicht realisierbar, weil bereits in den letzten Jahren durch die vom *Internationalen Währungsfonds* geforderten Privatisierungen und Umstrukturierungen Entlassungen in zahlreichen Unternehmen erfolgten und sich die Protestbewegung der gewerkschaftlich organisierten, „noch“ über einen Arbeitsplatz verfügenden Arbeitnehmer verstärkte. Ähnlich verhält es sich in der Verwaltung, wo die notwendige Verwaltungsreform unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten nicht radikal erfolgen kann. Das soziale Gleichgewicht ist in Marokko zunehmend gefährdet; eine solche Situation kann den Islamisten in die Hände spielen, was der König mit allen Mitteln vermeiden will. Die sozialen Hilfsmaßnahmen, die über mehrere neugeschaffene Stiftungsfonds des Königs laufen, werden deswegen zur Demonstration von Dynamik und Veränderung zugunsten der Bevölkerung von seiten des Königs mit

---

<sup>14</sup> Vgl. z.B. Maroc-hebdo, Rabat, 18.5.2001.

großem propagandistischen Medieneinsatz betrieben. Die Existenz der Islamisten in Marokko ist dennoch für König Mohammed eine zunehmende Konfliktquelle, vor allem wenn es ihm nicht gelingen sollte, mittels spektakulärer Förder- und Hilfsmaßnahmen für sozial schwache Bevölkerungskreise „Zeit“ zu gewinnen und durch greifende wirtschaftliche Reformmaßnahmen die Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln.